

721 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XVIII. GP

Bericht des Justizausschusses

**über die Regierungsvorlage (641 der Beilagen):
Bundesgesetz, mit dem das Versicherungsvertragsgesetz zur Anpassung an das EWR-Abkommen geändert wird**

Der vorliegende Entwurf soll die Anpassung an die im EWR-Abkommen aufgezählten EG-Vorschriften für den Bereich des österreichischen Vertragsversicherungsrechts vorbereiten.

Im Versicherungsvertragsrecht sind vor allem das Rücktrittsrecht bei Lebensversicherungsverträgen, die im Dienstleistungsverkehr geschlossen werden, und Bestimmungen für die Rechtsschutzversicherung, die den Versicherungsnehmer vor einer Interessenkollision beim Versicherer schützen sollen, in das österreichische Recht einzubauen.

Der Justizausschuß hat diese Regierungsvorlage in seiner Sitzung am 20. Oktober 1992 in Verhandlung genommen. An der sich an die Ausführungen des Berichterstatters anschließenden Debatte beteiligten sich die Abgeordneten Dr. Heide Schmidt, Dr. Graff, Dr. Elisabeth Hlavac und DDr. Niederwieser sowie der Bundesminister für Justiz Dr. Michalek.

Bei der Abstimmung wurde die Regierungsvorlage einstimmig angenommen.

Als Ergebnis seiner Beratung stellt der Justizausschuß den Antrag, der Nationalrat wolle dem von der Bundesregierung vorgelegten Gesetzentwurf (641 der Beilagen) die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Wien, 1992 10 20

Dr. Gaigg
Berichterstatter

Dr. Graff
Obmann